

Artikel aus Stuttgarter Zeitung  
26.03.2004

Wirtschaft

Baden-Württemberg bei Lehrstellen nur noch Mittelmaß

Schlagabtausch beim Spitzengespräch zur Ausbildung - Gewerkschaften fordern erneut gesetzliche Umlagefinanzierung

STUTTGART. Baden-Württemberg hat seinen bundesweiten Spitzenplatz bei der Versorgung von Jugendlichen mit Lehrstellen verloren. Auch das kommende Ausbildungsjahr wird für die Bewerber „schwierig“, erwartet Wirtschaftsminister Walter Döring.

Von Hendrik Ankenbrand

Das Spitzengespräch zur Ausbildungssituation lief bereits seit mehr als einer Stunde, als Walter Döring am Donnerstagvormittag um 11.15 Uhr eine Botschaft aus unerwarteter Richtung erreichte. Mit kräftigem Stoß drückte der Wind ein Transparent, das an 20 mit Gas gefüllten Ballons hing, an die Fenster des Sitzungssaals im dritten Stock des Wirtschaftsministeriums: „Just do it“ stand dort in Anlehnung an den Werbespruch des Turnschuh-Fabrikanten Nike zu lesen. Und daneben: „Ohne Ausbildungsplatz?“

Die Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war plangemäß verlaufen - und blieb dennoch in der Sache erfolglos. 35 Auszubildende des Alcatel-Konzerns und des von Stellenabbau bedrohten Kolbenherstellers Mahle waren vor das Wirtschaftsministerium gezogen, um erneut das zu fordern, was nach Gewerkschaftsmeinung zur Lösung des Lehrstellenmangels dringend erforderlich ist: die seit Monaten heiß diskutierte gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe.

Walter Döring ist allerdings kein Mann, der sich von solchen Aktionen aus der Ruhe bringen lässt. Er schmunzelte - da war der Spuk auch schon vorbei. Immerhin gilt der Stuttgarter Wirtschaftsminister bundesweit als einer der schärfsten Gegner einer Ausbildungsplatzabgabe, die er für ein bürokratisches Monstrum hält. Vor wenigen Tagen hatte Döring eine Bundesratsinitiative gegen die Ausbildungsplatzabgabe angekündigt, davor auch schon mal damit gedroht, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, sollte ein solches Gesetz ohne Bundesratszustimmung kommen. So verwunderte es kaum, dass der Minister gestern beim Spitzengespräch den Vorsitzenden der Landesbezirke von DGB, IG Metall und Verdi unmissverständlich klar machte: Eine solche „Zwangsabgabe“ werde es mit ihm nicht geben. Auch nicht angesichts der zuvor bekannt gewordenen Ausbildungsstatistik, die dem Land seinen Spitzenplatz in der Republik nimmt.

Denn was die Ausbildung angeht, ist das einst führende Baden-Württemberg verglichen mit anderen Bundesländern nur noch Mittelmaß: Im vergangenen Jahr sank die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis zum Stichtag 30.

September im Jahresvergleich um 2,2 Prozent auf 70 960. Nun könnte es noch schlimmer kommen: Ende Februar konnten die Arbeitsagenturen im Land nur noch 53 993 Ausbildungsstellen registrieren, 9,3 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Gleichzeitig stieg die Zahl der Bewerber um 6,6 Prozent auf 58 061.

Für das kommende Ausbildungsjahr sei mit „spürbaren Schwierigkeiten“ zu rechnen, sagte Döring: „Die Schere auf dem Lehrstellenmarkt geht weiter auseinander.“ Den überdurchschnittlichen Rückgang der Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg begründete er mit der Konjunktur des Landes, die im vergangenen Jahr ebenfalls schlechter als der Bundesdurchschnitt gewesen sei.

Doch auch solche Erklärungen ändern nichts an einer Tatsache: Die Ausbildungsplätze werden weniger, und die Zahl der Bewerber steigt - genauso wie deren Alter. Heute seien bereits 16 Prozent der Bewerber 18 Jahre oder älter, sagte Eva Strobel, die Chefin der Landesarbeitsagentur (vormals Landesarbeitsamt). Sie sehe das Ausbildungspotenzial bei den Betrieben „noch nicht ausgeschöpft“ und könne nur jeden Betrieb dringlichst bitten, freie Lehrstellen an die Arbeitsagenturen zu melden.

Bei bloßen Appellen solle es aber nicht bleiben, sagte Döring. Um das Ziel zu erreichen, dieses Jahr acht Prozent mehr Jugendliche zu vermitteln, hatte er mit Strobel und den Arbeitgeberverbänden eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die Unterzeichner „konkrete Maßnahmen“ ankündigten: „Nachvermittlungskaktionen“ etwa, den Einsatz von „Ausbildungsplatzwerbern“ und einen „Ausbildungsplatzpreis“.

Solche gut gemeinten Vorschläge, glaubt DGB-Landeschef Rainer Bliesener, würden jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitgeber dazu zu bewegen, mehr Lehrstellen zu schaffen. Schließlich bildeten 29 Prozent aller Betriebe im Land nicht aus, obwohl sie dazu berechtigt wären. Nach Meinung des DGB könne man dies nur mit harter Gangart ändern: „Wer nicht ausbildet, muss zahlen.“ Einen solchen Satz wollte Döring aber sogar dann nicht in der gemeinsamen Erklärung stehen haben, wenn er explizit als DGB-Meinung gekennzeichnet gewesen wäre. Und so weigerten sich die Gewerkschaften erstmals seit dem ersten Spitzengespräch vor fünf Jahren, die Erklärung zu unterschreiben.